

Datum: 19.10.2015

Tagesordnungspunkt: 4	Vorlage Nr. KT X/69
Thema: "Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht durch die Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA gefährdet werden". Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution	
<u>Verfasser:</u> Dezernat: Finanzen und Beteiligungen Abteilung: Name: Albrecht Reusch	 Helmut Riegger Landrat
Vorberatung am:	Entscheidung am:

Anlage 1: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.10.2015

Anlage 2: Gemeinsames Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Anlage 3: Stellungnahme des Landkreistages Baden-Württemberg vom 27.07.2015

Antrag:

Der Kreistag schließt sich den Forderungen des Gemeinsamen Positionspapiers des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) an.

Begründung zur Vorlage KT X/69

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 05.10.2015 für die Kreistagssitzung am 19.10.2015 den als Anlage beigefügten Antrag: "Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht durch die Freihandels-abkommen TTIP, TISA und CETA gefährdet werden" gestellt. Er entspricht wortgleich dem Gemeinsamen Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Aus der Stellungnahme des Landkreistages (E-Mail vom 27.07.2015) geht hervor, dass es sich bei den Verlustausgleichen für die Kreiskliniken Calw und Nagold durch den Landkreis Calw möglicherweise um ein nichttarifäres Handelshemmnis handeln könnte. Bei dem Transatlantischen Freihandelsabkommen geht es gerade um den Abbau solcher Handelshemmnisse.

Damit ist der Landkreis möglicherweise unmittelbar von den Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen betroffen. Die Verwaltung empfiehlt dem Kreistag, zur Bekräftigung der Position des Deutschen Landkreistages die vorgelegte Resolution entsprechend dem Gemeinsamen Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu beschließen.